

(A) Anhang zum Plenarprotokoll**Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) vom 17. April 2013****Anfrage 13: Belastung der Bremer Unternehmen durch eine Reduzierung der EEG-Befreiung**

Wir fragen den Senat:

Welche Unternehmen wären im Land Bremen von einer Reduzierung oder Rücknahme der EEG-Befreiung beziehungsweise EEG-Vergünstigung betroffen?

Welche Auffassung hat der Senat zu einer möglichen Reduzierung oder Rücknahme der EEG-Befreiung beziehungsweise EEG-Vergünstigung?

Strohmann, Dr. vom Bruch,
Röwekamp und Fraktion der CDU

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Welche bremischen Unternehmen im Einzelnen von einer eventuellen Reduzierung oder Rücknahme von EEG-Befreiungen beziehungsweise EEG-Vergünstigungen betroffen wären, kann vom Senat pauschal nicht beantwortet werden. Die Zuständigkeit für das Erneuerbare-Energien-Gesetz, EEG, liegt auf Bundesebene. Diskutiert werden ganz unterschiedliche Gesetzesänderungen mit abweichenden Auswirkungen auf einzelne Unternehmen oder Unternehmensgruppen. Die Folgen für bremische Unternehmen hängen von der konkreten Ausgestaltung möglicher Änderungen ab.

Zu Frage 2: Der Senat setzt sich für eine sachgerechte und faire Verteilung der EEG-Umlage auf alle Stromverbraucher ein. Vergünstigungen sind nur im Ausnahmefall zu gewähren und so zu gestalten, dass eine Überkompensation von Nachteilen vermieden wird. Die Besondere Ausgleichsregelung zielt darauf ab, im internationalen Wettbewerb stehende stromintensive Unternehmen von Wettbewerbsverzerrungen durch die EEG-Umlage zu befreien. Es sollten deshalb nur diejenigen Unternehmen entlastet werden, die auch tatsächlich im internationalen Wettbewerb stehen.

Anfrage 14: Wirkungen der angekündigten Hilfe des Bundes für Bremer Krankenhäuser

Wir fragen den Senat:

Wie bewertet der Senat die Wirkungen der vom Bund angekündigten einmaligen Hilfe für Krankenhäuser im Hinblick auf die nachhaltigen finanziellen Zukunftsperspektiven der Bremer Kliniken?

Frau Dr. Kappert-Gonther, Frau Hoch,
Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antwort des Senats:

Die vom Bundesgesundheitsministerium angekündigten Hilfen, die aus mehreren Komponenten bestehen, sollen für die Jahre 2013 und 2014 für alle

Krankenhäuser in Deutschland voraussichtlich circa 880 Millionen Euro betragen. Auf Basis der Verteilung nach dem Fallzahlaufkommen im Jahr 2011 würden die Krankenhäuser im Land Bremen hiernach für diese beiden Jahre einmalig mit 9,5 Millionen Euro entlastet. Konkrete Aussagen zu den Effekten für die einzelnen Krankenhäuser im Land Bremen lassen sich noch nicht machen.

Das vom Bundesministerium für Gesundheit aufgelegte Paket behebt allerdings nicht die gravierenden strukturellen und systemischen Defizite der Krankenhausfinanzierung und des Fallpauschalensystems. Nachhaltige strukturelle Auswirkungen aus dieser einmaligen Hilfe sind nicht zu erwarten.

Anfrage 15: Finanzamtsaktion unter Polizeischutz

Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie passt die konzertierte Aktion des Finanzamtes, gegen mehrere Bewohnerinnen/Bewohner der George-Albrecht-Straße mit massiver Polizeipräsenz vorzugehen, zur Strategie der senatorischen Arbeitsgruppe, das Quartier um die George-Albrecht-Straße zu stabilisieren, Beschluss der Stadtbürgerschaft vom 11. Dezember 2012?

Zweitens: Wie kam es dazu, dass die Aktion unter Begleitung von Medienvertretern stattfand, die dabei fotografierten?

Drittens: Inwiefern hält der Senat die Begleitung der Aktion durch 30 Einsatzkräfte der Bereitschaftspolizei für verhältnismäßig?

Senkal, Möhle,
Tschöpe und Fraktion der SPD

Antwort des Senats:

Zu Frage 1: Mit der Maßnahme des Finanzamtes wurde dessen gesetzlicher Auftrag zur Vollstreckung von öffentlich-rechtlichen Forderungen umgesetzt. Zahlreiche Forderungen wurden von Schuldnern vor Ort beglichen. Der Einsatz der Polizei beschränkte sich darauf, die Finanzbeamten in die Häuser zu begleiten und deren ungestörte Arbeit zu ermöglichen. Dass die Medienberichterstattung unter Umständen bestehende Vorurteile gegenüber den Bewohnerinnen und Bewohnern der George-Albrecht-Straße verstärkt hat, ist bedauerlich. Die Aktion steht in keinem Zusammenhang mit dem Auftrag der Bremischen Bürgerschaft an den Senat, eine vernetzte Quartiersentwicklung für die George-Albrecht-Straße zu entwickeln.

Zu Frage 2: Anlässlich der Maßnahme wurden vor Ort ein Fernsehteam von „Stern TV“ sowie ein Redakteur der Zeitung „Die Norddeutsche“ mit Fotografen angetroffen. Weshalb sich Medienvertreter zu diesem Zeitpunkt in der Straße aufhielten, ist nicht bekannt. Das Fernsehteam von „Stern TV“ gab an, in Blumenthal gerade einen Bericht über Armut in Deutschland zu erstellen. Eine Vorankündigung der Maßnahme an die Medien erfolgte nicht; die Vorbereitung erfolgte vielmehr streng vertraulich.

(B)**(C)****(D)**